

Politik 106

Hannover, 15. Dezember 1947

"Amerikanische" Parteien

P.R. Die Propaganda östlicher Prägung operiert seit einiger Zeit mit dem Begriff der "amerikanischen" Parteien. Diese Parole überzeugt besonders wenig. Sie wird von der ersten Garnitur, repräsentiert durch Leute wie Ilja Ehrenburg, ebenso verwendet wie von dem kleinsten KP- oder SEP-Funktionär, der den Auftrag erhalten hat, gegen den Marshall-Plan und die gefährliche Möglichkeit Front zu machen, dass aus ihm der Anfang einer Gesundung entstehen könne.

Der Vorwurf "amerikanische" Parteien richtet sich praktisch gegen alle Parteien aller Länder, die den amerikanischen Hilfsplan begrüßen. Ausnahmen sind davon die Kommunisten. Somit wäre also ganz Europa mit dieser einzigen Ausnahme "amerikanisch" geworden. In Moskau ist man klüger genug, das zu behaupten. Der Vorwurf besagt, diese Parteien gäben einen Teil oder ihre ganze Selbständigkeit zugunsten politischer Ansprüche und Forderungen auf, die die amerikanische Regierung als Ausgleich für ihre Hilfsbereitschaft angeblich verlange.

Käme der Vorwurf von einer Stelle, die sich einigermaßen politischer Selbständigkeit rühmen könnte, so würde er noch ein gewisses Gewicht haben. Aber im Munde von Sprechern einer Macht, die auf ausserpolitischen Gebiet durch nichts so gekennzeichnet ist wie durch ihr Bestreben, die Freiheit und Selbständigkeit anderer Völker ihres Einflussbereiches zu beschränken und ihr Verhalten in jeder Hinsicht auf die eigene Linie festzulegen, wirkt eine solche Parole heuchlerisch. Es ist undenkbar, dass sie von den Propagandisten selbst ernst genommen wird - aber das war ja nie eine Voraussetzung dafür, worn eine bestimmte These vertreten wurde.

Die Weltöffentlichkeit hat im Laufe der letzten beiden Jahre an unzähligen praktischen Beispielen feststellen können, dass die Vorkriegsstaaten der Sowjetunion von einer Partei terrorisiert worden, die ein durchgebildetes System der politischen Machtausweitung durch Infiltration, durch Unterdrückung wirklich freier Meinungsäußerung, durch Bespitzelung, und Bedrohung ausgebaut hat. Der vermeintliche Kampf der antilich zugelassenen Opposition gegen diesen Terror war lange Zeit das Kernstück des innenpolitischen Lebens dieser Staaten und er ist es zum Teil noch. Das politische Funktionieren dieser Opposition, ob es sich nun um Sozialisten, Kommunisten oder irgendwelche andere politischen Gruppen handelte, hat inzwischen fast überall unter dem Druck jener einen Partei, die gleichzeitig massgebender Träger der Regierungsgewalt ist, so gut wie vollkommen aufgehört.

Diese eine Partei, die KP aller Länder und in Ostdeutschland die SED, empfangt und empfängt, darüber gibt es nirgends einen ernsthaften Zweifel, ihre politischen Direktiven aus Moskau. Die Gründung der Kominform hat das nur bekräftigt. Hier ist eine wirklich vollkommen geschlossene Willensbildung zwischen einer Zentrale, der russischen nämlich, und den Filialen vorhanden, eine bis ins Letzte durchgearbeitete Methode der ständigen Überwachung dieser politischen Niederlassungen durch die Zentrale, eine bis ins Details durchgefeilte Regie des Kräfteinsatzes. Freilich braucht man in diesem Falle nicht erst ausdrücklich von einer russischen Partei zu sprechen, das ist ein längst jedem bekannter Tatbestand, dem man nicht noch einen besonders propagandistischen Akzent aufzusetzen braucht.

Nun die Parteien, die sich gegen diese Entwicklung stemmen, einfach "amerikanisch" zu nennen, obwohl sie nach Struktur und Zielsetzung und Nationalität grundverschieden, aber sämtlich eben antikommunistisch sind, ist nichts als ein billiger Trick, eine Art Retourkutsche.

Dies ist der Unterschied: Zahlreiche Parteien zahlreicher Länder haben sich zum Marshall-Plan bekannt, weil er wirkliche Hilfe zu bringen verspricht, ohne politische Gegenforderungen zu erheben. (Der laut gewordene amerikanische Wunsch auf erhöhte Einflussnahme in Westdeutschland hat nichts mit dem Marshall-Plan zu tun, sondern hängt mit der Neuverteilung der Besatzungskosten zwischen England und Amerika zusammen.) Dass diese Hilfe auch in Amerikas wirtschaftlichem Interesse liegt, erhöht ihren Wert nur, weil auch in der Politik egoistische Motive dauerhafter zu sein pflegen als altruistische Stimmungen. Dagegen steht eine ferngelenkte Partei in allen Ländern, die sich deshalb gegen den Marshall-Plan stemmt, weil er Ordnung zu bringen droht, wogegen sie den klaren Befehl hat, das Chaos zu verewigen, und, wenn möglich, zu steigern. Wenn man ihr die Möglichkeit gibt, es zu tun, wird man beobachten können, dass alle Erscheinungen des Marshallplan-Komplexes, das ganze Für und Wider, sich zwanglos hier eintrüben lassen.

-----

Hinweis für die Redaktionen zum zweiten Absatz des folgenden Artikels: Wir halten die Veröffentlichung dieses Beitrages für zweckmässig, weil nach unserer Meinung die Vorgänge in Polen zur Zeit der deutschen Besatzung mit als eine Erklärung, wenn auch nicht Entschuldigung für die Verhältnisse beim deutschen Zusammenbruch nach Kriegsende anzusehen sind und in Deutschland nicht vergessen werden sollten. (Die Redaktion)

Bericht aus Polen

Opposition ohne Funktionen - Neuer Prozess gegen deutsche Kriegsverbrecher  
 Von unserem ständigen Warschauer Korrespondenten  
 I. B. Warschau, Mitte Dezember

Nachdem die Erregung über den Fall Mikolajczyk erheblich abgeklungen ist, kann man, parlamentarisch gesehen, das Schicksal der polnischen Opposition als besiegt ansehen. In der Rückschau hat sie eigentlich nur neun Monate existiert, denn vor dieser Zeit hatte der geflohene Bauernführer mit seiner Arbeit regelmässig sowohl für die russenfeindliche Aussenpolitik der Regierung wie für die Wirtschaftspolitik der Linken - Sozialisierung der Industrie, Aufteilung der grossen Güter, Industrialisierungsplan - gestimmt.

Der kommunistisch geleiteten Polizei hatte er zwar gelegentliche Kritik gewidmet, ihr aber bis Anfang 1947 gleichfalls ihr Budget bewilligt. Er holte dafür Schonung des mittleren Grundbesitzes bis zu 50, in Posen sogar bis zu 100 ha bei der Landaufteilung heraus. Diese Kompromisspolitik musste scheitern, als die russenspolitischen Gegensätze Ost und West sich verschärften.

Nach dem ersten Weltkrieg spielten die Bauern und ihre parlamentarischen Vertreter einige Zeit lang eine entscheidende Rolle in der polnischen Politik, weil damals ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte zwischen der Arbeiterlinken und der bürgerlichen Rechten bestand. Der damalige Bauernführer Witos konnte dadurch als Ministerpräsident immer neue Koalitionen bald mit links, bald mit rechts bilden, bis das Militärregime Pilsudskis diesen schwachen und schwankenden Parlamentarismus hinwegfegte. Im heutigen Polen gibt es das damalige Gleichgewicht der Klassen nicht mehr. Eine führende Rolle der Bauern ist auch dadurch unzeitgemäß geworden, daß die große wirtschaftliche Aufgabe der nächsten Jahre die Industrialisierung des Landes geworden ist. Ihre Notwendigkeit wurde allgemein - auch von Mikolajczyk - anerkannt, weil man einseh, daß der industrielle Wiederaufbau rascher Erträge und Ausführungsüberschüsse bringen könne als große Investitionen in der Landwirtschaft, die sich nur langsam rentieren würden. Gegen die Konsequenzen der Industrialisierung sträubten sich die Bauerpolitiker aber im Interesse der von ihnen vertretenen Schicht. In jeder Fall wäre ihr Einfluß daher wohl früher oder später ausgeschaltet worden.

Jetzt gibt es also, da die Regierungsmänner innerhalb der Bauernbewegung Mikolajczyks Zeitung, Parlapparat und die Führung seiner Parlamentsfraktion übernommen haben, praktisch keine oppositionelle Betätigung mehr in Polen. Das ist zweifellos eine entscheidende Veränderung des bisher noch vorhandenen demokratischen Einschlags in der Politik dieses Landes, denn Demokratie lebt von freiem Meinungskampf, von Kritik der Regierung und der Möglichkeit, diese Regierung entsprechend dem Volkswillen zu ändern. In einer tiefen Schicht der Meinungsbildung bestehen natürlich grundsätzliche Gegensätze fort. Gegenspieler der Linksregierung auf dieser Ebene der prinzipiellen Auseinandersetzungen ist jetzt vor allem die katholische Kirche geworden, deren Bischöfe in ihrem letzten Hirtenbrief nicht nur zu religiösen Freistellung nehmen, sondern auch als Anwälte der staatsbürgerlichen Freiheiten auftraten. In einer jetzt zu 96 Prozent katholischen Lande wie Polen fällt ihr Wort bei der Bevölkerung schwer ins Gewicht, aber direkter Einfluß auf die Regierung wird die Kirche hier sobald nicht erlangen.

In Krakau ist nach dem vorangegangenen Verfahren gegen den ehemaligen Reichsstatthalter des Warthegaues, Greiser, den Warschauer Gouverneur Flecher und den Kommandanten des Lagers Auschwitz, Heese, um nur die wichtigsten zu nennen, ein neuer Riesenprozeß in Gang gekommen, diesmal gegen vierzig höhere männliche und weibliche Angestellte im Lager Auschwitz. Diesmal geht es nicht um die Vergeltung für das Schicksal der nur zur Hinrichtung dort hingeschickten Millionen von Menschen, sondern um die Strafe für die Behandlung der eigentlichen Insassen der 34 Lager von Auschwitz. Von diesen etwa 400 000 Menschen sind fast nach sorgfältigen und glaubhaften Erhebungen nicht weniger

als 300 000 umgekommen. Es ist nur zu begreiflich, daß man in Deutschland gar nicht glauben will, welche Schuld Deutsche in dieser Zeit auf sich geladen haben. Wer aber die mit deutscher Gründlichkeit geführten Akten über die systematische Skalung der Goldzähne oder des Frauenhaars der zu Tötenden und Getöteten gesehen hat - 60 t. Frauenhaar wurden allein aus Luschwitz nach dem Reich geliefert - wer die hunderte von Zeugen Aussagen aus aller Herren Länder durchsieht, der begreift, daß diese furchtbaren Waffen gegen deutsche Ehre und deutsches Schicksal nicht von den ausländischen Anklägern, sondern von den deutschen Nationalsozialisten geschmiedet worden sind.

Die Form der Prozeßführung vor den polnischen Gerichten bietet den deutschen Angeklagten ziemlich weitgehende Verteidigungsmöglichkeiten. Sie erhalten Anwälte zugewiesen, und man verhandelt mit ihnen auf Deutsch. Die Gerichtshöfe sind nicht, wie in gewissen innerpolitischen Prozessen Polens, Militärtribunale, sondern für die Kriegsverbrecher immer Instanzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, in der Regel aus Berufsrichtern und Laienrichtern gemischt. In der höchsten Instanz, vor der der jetzige Krakauer Prozeß läuft, sind die Laienrichter aus Mitgliedern aller Parteien des Parlaments bestellt. Die Urteile sind in der Regel streng und lauten auf Tod oder langjährige Freiheitsstrafe. Doch kommen auch Freisprüche vor. Nicht als strafmildernd anerkannt wird die häufige Entschuldigung, man habe nur auf Befehl gehandelt. Im allgemeinen behandeln aber die polnischen Gerichtshöfe ihre eigenen Landsleute, die sich in den Dienst des Landesfeindes stellten noch härter als die deutschen Angeklagten.

Eine genaue Statistik der bisher durchgeführten polnischen Prozesse gegen deutsche Okkupationsträger ist noch nicht zusammengestellt worden. Rechnet man alle Verfahren gegen einzelne Fabrikleiter, örtliche Machthaber der Gestapo usw. mit, so ergibt sich jedenfalls eine dreistellige Ziffer von Prozessen und eine vierstellige von Verurteilten. Angekündigt sind noch ein Verfahren gegen den Staatssekretär des einstigen Generalgouvernements Krakau, Bühler, der zugleich das ganze Funktionieren dieser Behörde beleuchten soll, ferner der Prozeß des ehemaligen Danziger Reichstatthalters Forsler und schließlich ein Verfahren gegen die Generale, die die Zerstörung von Warschau anordneten, darunter Generaloberst Guderian und SS-General Zelowski - von dem Bache, der übrigens selbst masurisch-polnischer Herkunft ist.

### Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Württemberg

H.W. Karlsruhe

Man hat dem Ausgang der Gemeinde- und Kreiswahlen in Württemberg-Baden dieses Mal mit besonderer Spannung entgegengesehen, ermöglicht er doch Rückschlüsse darauf, wie weit das Volk schon politisch erzogen und durchgebildet ist. Die Wahlbeteiligung war im Ganzen schlecht; auffallenderweise aber nicht einheitlich. Es gab Abstimmungen bis über 80 Prozent und sehr viele mit nicht viel mehr als 50 Prozent. Die Wahlbeteiligung blieb wesentlich hinter jener der letzten Landtagswahl und jener der letzten Gemeindevahlen im Mai vorigen Jahres zurück. Umso mehr ist ein Erfolg der Sozialdemokratie bei dieser ausgesprochenen Krisenwahl festzustellen. Nach einem energisch, aber fair durchgeführten Wahlkampf, in dem zuletzt Dr. Schumacher in einigen Städten zu riesigen Zuhörerscharen sprach, kann die Partei nun einen Erfolg verzeichnen, der die beste Anerkennung für die

bisher auf dem Rathäuser geleistete Arbeit ist. Genaue Besantzahlen liegen noch nicht vor, da das Auszählverfahren bei der Möglichkeit des sog. Kumulierens und Panaschierens der Stimmen, wovon in überraschend großer Zahl Gebrauch gemacht wurde, äußerst kompliziert ist, so daß Tage vergehen werden, bis die genauen Zahlen vorliegen. Kumulieren und Panaschieren ist eine Mischung von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, wobei der Wähler die Möglichkeit hat, einzelne Namen der Kandidatenliste auszutauschen oder durch Streichungen bestimmte Kandidaten besonders hervorzuheben. Fest steht, daß die Listen der SPD in den Städten wie auch in den Landgemeinden außerordentlich gut abschnitten, daß sie überall Gewinne zu verzeichnen haben. Der Erfolg ist der eklatante Beweis, daß die Partei auch in Zeiten größter Not, größter Mißstimmung, Verärgerung und Resignation dennoch das Vertrauen der Massen behält, daß sie auch in schwersten Krisenzeiten ihre alte Anziehungskraft beibehält.

Nächster Gewinner ist die DVP, die Demokratische Volkspartei. Sie kann ebenfalls zum Teil erhebliche Stimmengewinne verzeichnen. Allerdings nicht auf Grund ihres Programms, sondern weit mehr als Sammelbecken der gesamten Reaktion. Diese Partei ist die ausgesprochene Rechtspartei; in ihr sammelt sich alles, was noch an früheren Deutschnationalen, Deutschen Volksparteilern, Mittelständlern, Wirtschaftsvorstreitern usw. übrig ist und noch keinen Anschluß gefunden hat. Dazu kommen die "Mitläufer" und "Nicht-Betroffenen", die dieses Mal wählen durften und von der DVP besonders heftig umworben wurden, und schließlich kam noch Zuzug aus dem evangelischen Wählerreservoir der CDU, die mit der in Baden noch allzu ostentativ betriebenen alten Zentrumspolitik nicht einverstanden sind und deshalb wieder absprangen.

Am schwersten kam die CDU unter die Räder. Selbst in gut katholischen Orten erlitt sie erhebliche Einbußen. Es scheint sich ein Zerfall dieser Partei vorzubereiten, indem sich zunächst der evangelische Teil der Anhängerschaft abspaltet. Auch hat die zweideutige Haltung in Wirtschaftsfragen der Partei sicher viele Anhänger aus Arbeiterkreisen gekostet. Auch die Kommunisten waren mit von der Partie; in Fortsetzung ihrer bisherigen Mißerfolge, können sie auch bei dieser Wahl wieder eine erhebliche Einbuße an Stimmen verbuchen. Da und dort tauchten auch Listen der Neubürger und sonstiger "Mittlergruppen" auf, ihre Erfolge sind minimal. Es sind vorübergehende Erscheinungen.

### Bayerisch-Landtägliches

M.H. München, im Dez.

Zwei Wochen währte die Schlacht im bayerischen Landtag um die Stats der Ministerien. Daß die Minister ihre Haushaltspläne durchsetzen würden, stand nicht in Frage; die CSU als Regierungspartei hat die Mehrheit. Aber die Opposition benutzte die Gelegenheit, der anderen Seite einige Wahrheiten zu sagen, und die CSU wußte sich zuweilen nicht anders zu helfen, als das Fehlen an Gegenargumenten durch Lautstärke der Zwischenrufe zu ersetzen. Wenn der unbeteiligte Beobachter manch ländlich schlichten Gefolgsmann der CSU aus festem Schlaf erwachen und in die Protestrufe des Fraktionsführers einstimmen sah, dann mußte er an Ludwig Thoma und seinen offenbar unsterblichen Josef Tilser denken...

Die FDP gab, wie immer, den Auftakt zur Entfesselung der Leidenschaften, was ihr umso leichter gelingt, als sie zwar die kleinste Fraktion ist, aber über einige sehr schlagfertige Abgeordnete verfügt. Es ist für die Verhältnisse in Bayern bezeichnend, daß die Freie Demokratische Partei sich

weit weniger mit der SPD, die ihr diametral entgegensteht, Kollisions schlägt, als mit der CSU, mit der sie immerhin einiges gemeinsam hat. Wahrscheinlich liegt das daran, daß die bayerische SPD sich taktisch recht geschickt verhält und sich kaum einmal blößen gibt, was man von der CSU nicht sagen kann.

Die CSU zog in die Schlacht um die Haushaltspläne mit der Parole "macht uns unser Bayern stark". Dar zu stärkende Bayern mußte sämtlichen Ministerien für ihre Forderungen herhalten, und als Dr. Döhler (FDP) darauf hinwies, daß das "starke Bayern nach 1918" ein Tummelplatz für alle destruktiven Elemente und hauptsächlich an dem Zusammenbruch der Weimarer Demokratie schuld gewesen sei, wurde er von der CSU als Kommunist niedergeschrien.

Die SPD als zweitstärkste Partei verzichtete auf eine betonte Opposition und ließ immer wieder ihren Willen zu einer ernsthaften Mitarbeit durchblicken, doch konnten ihre Sprecher nicht verteidigen, daß die CSU ihr diese Absicht nicht leicht mache. Ein konstruktiver Vorschlag der SPD, der die Schaffung eines Notprogramms zur Bekämpfung von Hunger und Kälte versieht und der von der CSU abgelehnt wurde, ging nur deswegen durch, weil ein Teil der mit umfangreicher Lobbyarbeit beschäftigten bayerischen CSU-Abgeordneten nicht recht hingehört hatte und deswegen bei der Abstimmung nicht mit nein stimmte.

Bemerkenswert waren die Debatten um den Etat des Kultusministers. Einen Eklat gab es, als der FDP-Abgeordnete Dr. Korff feststellte, daß die Anordnung eines oberbayerischen Regierungspräsidenten aus den Volksschulen um Weilheindie evangelischen Kinder ausgesondert würde, was nach seiner, Korffs Ansicht, der Aussonderung der Juden Kinder aus den Schulen durch die Nazis gleichkomme. Die CSU brach in einen Proteststurm aus und verließ unter Führung des Kultusministers den Saal.

Im weiteren Verlauf der Session wurde Hundhammer der Vorwurf gemacht, daß seine Politik einen Kulturkampf heraufzubeschwören drohe, und sowohl die FDP wie die SPD warnten Hundhammer vor seiner Politik, die als Fortsetzung der Haltung der ehemaligen Bayerischen Volkspartei angesehen werden müsse. Die Sozialdemokratie, so erklärte Dr. Beck (SPD), sei der Ansicht, daß dem Christentum die Hauptaufgabe zufalle, das Gefühl für soziale Gerechtigkeit und moralische Gesundheit zu stärken. Wenn man aber Christentum und Parteipolitik durcheinanderbringe, dann sei diese Aufgabe gefährdet. Die Tatsache, daß die SPD die Ausgaben des Kultusministeriums für kirchliche Zwecke (worunter ein erheblicher Posten für die Renovation an sich unzerstörter Kirchen fällt) gebilligt habe, beweise, daß von einer Kirchenfeindschaft der SPD keine Rede sein kann. Die CSU müsse aber darauf verzichten, sich als Vertreter der Kirche oder des Christentums auszugeben.

Es erwie sich auch in dieser Landtagssession wieder, daß Hundhammer mit seinem ideologischen Eiferartum die CSU-Fraktion völlig beherrscht. Ob zu deren Nutzen, wird die Zukunft erweisen. Es spricht jedenfalls nicht für Hundhammer als Kultusminister, wenn er, dem Zugsittigkeit und Konfessionelle Beschränktheit vorgeworfen wird, Münchens Theater und Rundfunk sittlich tiefes Niveau und Verhöhnung des Christentums vorwirft, während sich die Münchener Kulturinstitute verzweifelt bemühen, den Jüdisch-Provinzialismus wenigstens aus den repräsentativen Darbietungen herauszuhalten.

Koordinierungsausschuß der SPD

Am Sonnabend, d. 13. Dezember 1947 tagte in Hannover der Koordinierungsausschuß beim Parteivorstand der SPD, der die Aufgabe hat, die Politik der Partei in den Ländern aufeinander und auf die Intentionen der Parteileitung abzustimmen.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand diesmal das Flüchtlingsproblem und der Beschluß, die Partei möge durch ihre Organe in den Ländern, ob sie nun in den Regierungen, in den Fraktionen der Landtage oder in den Körperschaften der Selbstverwaltung Sitz und Stimme haben, mit größter Entschiedenheit auf die Beschleunigung einer gründlichen Hilfe für die Flüchtlinge hinarbeiten. Die gegenseitige Unterrichtung und die vielfachen praktischen Anregungen betrafen in erster Linie die endgültige Verteilung der Flüchtlinge auf die verschiedenen Länder, die Vereinheitlichung der Flüchtlingsgesetzgebung und die Schaffung einer Instanz, die nach demokratischen Grundsätzen die Verwaltungsarbeit der bestehenden Flüchtlingseinrichtungen zu überprüfen befugt und verpflichtet ist.

(m/B1/1512/1/hs)

-.-.-

Sozialistischer Gewerkschaftssieg in Österreich

Bei den Gewerkschaftswahlen in Österreich wurden in 2005 Betrieben 6531 Gewerkschaftsvertreter gewählt, die der Sozialdemokratischen Partei angehören. Die Kommunisten brachten nur 1055 Vertreter durch, und die Volkspartei des Ministerpräsidenten Figl mußte sich mit 274 Mandaten zufrieden geben, während 751 Mandate auf die Unabhängigen fielen. In Prozenten ausgedrückt vereinigte die Sozialdemokratie 75,85 Prozent aller Vertreter auf sich, die Kommunisten nur 12,25. Gegenüber den Wahlen von 1945 nahmen die Vertreter der Sozialdemokraten im gleichen Maße zu wie die Kommunisten verloren.

(m/B65/1512/1/hs)

-.-.-

Im Hintergrund Léon Jouhaux

Die erste große Machtprobe zwischen dem Kommunismus und der Vierten Republik hat mit dem Sieg der Regierung Schumann geendet: Der von der kommunistisch beherrschten CGT (dem französischen Gewerkschaftsverband) ausgerufene Generalstreik in Frankreich ist zusammengebrochen und die Ruhe überall wieder hergestellt. Dieser Erfolg der staatserhaltenden Kräfte ist in erster Linie mit dem Verdienst des greisen Sozialisten Léon Jouhaux, der als Vizepräsident gleichzeitig der Führer der Opposition innerhalb der CGT ist und der seinen ganzen Einfluß aufbot, um die französischen Arbeiter vor Unbesonnenheiten zu bewahren und sie zur Rückkehr an ihre Arbeitsstätten zu bewegen. Jouhaux hat damit zum zweiten Male wesentlich mit dazu beigetragen, die französische Republik vor dem Chaos zu retten. Dies ist umso bemerkenswerter, als Léon Jouhaux in seinen jungen Jahren einer der gefürchtetsten französischen Anarchisten und in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg Urheber einer Reihe großer und sensationeller Streiks war, so daß man ihn als den Apostel des revolutionären Syndikalismus in Europa bezeichnete. 1909 zum Generalsekretär der CGT (Confédération Générale de Travail) ernannt, brach Jouhaux 1914 mit der anarchistischen Tradition der französischen Arbeiterbewegung

(b/B65/1512/1/hs)

-.-.-